

DATENSCHUTZHINWEISE

In den folgenden Datenschutzhinweisen informieren wir, die ABK Allgemeine Beamten Bank AG, nachfolgend ABK genannt, Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (z. B. Name, Anschrift oder E-Mail-Adresse) im Zusammenhang mit der Beantragung und Durchführung von Kundenverträgen (Konsumentenkredit, Baufinanzierungsdarlehen, Firmenkredit, Geldanlage).

I. Verantwortliche Stelle

Verantwortlicher gemäß der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für die nachfolgend beschriebene Datenverarbeitung ist die

ABK Allgemeine Beamten Bank AG
Friedrichstraße 194-199, 10117 Berlin
Telefon: 030/2 85 35-0
Telefax: 030/2 85 35-122
E-Mail: datenschutz@abkbank.de

II. Datenschutzbeauftragter

Bei Fragen zum Datenschutz können Sie sich jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten wenden. Dieser ist unter der in Ziffer I. angegebenen E-Mail-Adresse sowie unter der postalischen Adresse (Stichwort: „z. Hd. Datenschutzbeauftragter ABK“) zu erreichen.

III. Datenverarbeitung der ABK

1. Allgemeines und Datenkategorien

Um Anfragen, Angebote und Anträge zu prüfen, zu erstellen und zu bearbeiten, benötigen wir verschiedene personenbezogene Daten. Wir verarbeiten vor allem Daten, die Sie uns im Rahmen von Geschäftsbeziehungen und Anfragen selbst mitteilen. Daneben verarbeiten wir auch Daten, die aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Schuldnerverzeichnisse, Grundbücher, Handelsregister) oder von Dritten (z. B. Auskunftsteilen wie die SCHUFA Holding AG) stammen.

Abhängig vom jeweiligen Finanzprodukt (z. B. Konsumentenkredit, Baufinanzierungsdarlehen, Firmenkredit, Geldanlage), im Folgenden auch einheitlich „Produkt“, erheben wir insbesondere die folgenden Antragsdaten:

- Angaben zum gewünschten Produkt (z.B. Finanzierungsbetrag, Verwendungszweck, Laufzeit);
- Persönliche Angaben der Antragsteller (z.B. Name, Anschrift, Dauer des Mietverhältnisses, Kontaktdaten, Geburtsdatum);
- Berufliches und Einnahmen (z. B. Art der Beschäftigung, Berufsgruppe, Einkommen, Mieteinnahmen);
- Verbindlichkeiten und Ausgaben (z. B. Miete, Unterhalt, Ausgaben für Versicherungen, laufende Kredite);
- Angaben über Immobilien und Sachwerte (z. B. Art der Immobilie, Art der Nutzung, Wohnfläche, Wert, Pkw);
- Kontoinformationen (z.B. Bankverbindung, Kontoauszüge);
- Score-Werte von Auskunftsteilen, vgl. dazu auch Ziffer III. 8. b).

2. Datenverarbeitung bei der Prüfung, Vergabe und Durchführung von Konsumentenkrediten, Baufinanzierungsdarlehen, Firmenkrediten, Geldanlagen

Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich zunächst nach dem konkreten Produkt (Konsumentenkredit, Baufinanzierungsdarlehen, Firmenkredit, Geldanlage), das Sie angefragt haben. Wir verarbeiten die oben genannten Daten, um Ihnen unser Produkt zur Verfügung zu stellen. Dies beinhaltet die Prüfung der wirtschaftlichen Realisierbarkeit und der Konditionen, die wir Ihnen anbieten können, die Vorbereitung des Darlehensvertrages einschließlich der Pflege der Darlehensakte und die mit der Auszahlung der Darlehenssumme und der anschließenden Rückzahlung der Kosten, Zinsen und der Darlehenssumme verbundenen Vorgänge. Die Verarbeitung ist insofern für den Abschluss bzw. die Erfüllung unserer Kundenverträge erforderlich. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.

Während der Geschäftsanbahnung bzw. während der Vertragsbeziehungen erheben wir unter Umständen auch weitere Daten, die zur Vertragsdurchführung erforderlich sind. Dazu können z. B. Ihre Anfragen an uns oder ergänzende Angaben zu Ihrer Kreditwürdigkeit gehören. Zur Vertragsdurchführung und -verwaltung, um Nachfragen zu Ihrem Kreditantrag schnell und unkompliziert klären zu können oder Ihnen gegebenenfalls persönlich die Gründe für die Ablehnung eines Antrags mitzuteilen, nutzen wir auch die im Antragsformular angegebenen Kontaktdaten, insbesondere die Telefonnummer. Ohne Ihre Einwilligung wird Ihre Telefonnummer jedoch für keine anderen Zwecke genutzt. Rechtsgrundlage für diese Datenverarbeitungsvorgänge ist ebenfalls Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.

Im Rahmen der Prüfung der wirtschaftlichen Realisierbarkeit arbeiten wir mit Auskunftsteilen zusammen. Sofern wir Daten an Auskunftsteile übermitteln oder von diesen erhalten, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und -willigkeit von potentiellen Darlehensnehmern zu bewerten, geschieht dies auch zur Wahrung unserer berechtigten Interessen. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Die Abfrage von Score-Werten bei Auskunftsteilen ist ein effizienter Weg, um das wirtschaftliche Risiko bei Vertragsabschlüssen zu verringern und hilft uns dabei, die komplexe Entscheidung über die Darlehensvergabe fair zu gestalten. Wenn Sie ein Produkt der ABK beantragen, befreien Sie uns für diese vorgenannte Abfrage bei Auskunftsteilen vom Bankgeheimnis.

Schließlich erfolgt ein Teil der Datenverarbeitung der ABK auch aufgrund gesetzlicher Vorgaben. Zweck der Verarbeitung ist insbesondere die Kreditwürdigkeitsprüfung, die Identitäts- und Altersprüfung, die Betrugs- und Geldwäscheprävention, die Terrorismusbekämpfung, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Reduzierung von Risiken der ABK. Die Rechtsgrundlage dafür ist Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit den gesetzlichen Vorgaben, insbesondere aus dem Kreditwesengesetz, dem Geldwäschegesetz, dem Wertpapierhandelsgesetz, der Geldtransferverordnung sowie der Abgabenordnung. Beispielsweise müssen wir nach § 18a Abs. 1 S. 1 Kreditwesengesetz vor Abschluss eines Verbraucherdarlehensvertrages die Kreditwürdigkeit eines Darlehensnehmers prüfen.

3. Datenverarbeitung bei Geldtransfers

Die „Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über die Übermittlung von Angaben bei Geldtransfers“ (EU-Geldtransferverordnung) dient dem Zweck der Verhinderung, Aufdeckung und Ermittlung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung bei Geldtransfers. Sie verpflichtet die ABK, bei der Ausführung von Geldtransfers Angaben zum Auftraggeber (Zahler) und Begünstigten (Zahlungsempfänger) zu prüfen und zu übermitteln. Diese Angaben bestehen aus Name und Kundenkennung von Zahler und Zahlungsempfänger und der Adresse des Zahlers. Bei Geldtransfers innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums kann auf die Weiterleitung der Adresse des Zahlers zunächst verzichtet werden, jedoch kann gegebenenfalls diese Angabe vom Zahlungsdienstleister des Zahlungsempfängers angefordert werden. Bei der Angabe von Name und gegebenenfalls Adresse nutzt die ABK die in ihren Systemen hinterlegten Daten, um den gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen. Mit der Verordnung wird erreicht, dass aus den Zahlungsverkehrsdatensätzen selber immer eindeutig bestimmbar ist, wer Zahler und Zahlungsempfänger ist. Das heißt auch, dass die ABK Zahlungsdaten überprüfen, Nachfragen anderer Kreditinstitute zur Identität des Zahlers bzw. Zahlungsempfängers beantworten und auf Anfrage diese Daten den zuständigen Behörden zur Verfügung stellen muss.

4. Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern

Wir arbeiten auch mit verschiedenen Kooperationspartnern zusammen, die uns Interessenten für unsere Produkte vermitteln. Dazu gehören Interessenvertretungen von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst sowie Vergleichsportale. In der Regel verarbeiten wir dabei nur personenbezogene Daten, die wir direkt von Ihnen erhalten. Nur ausnahmsweise verarbeiten wir auch personenbezogene Daten weiter, die wir zulässigerweise (z. B. auf Grundlage von Verträgen oder Ihrer Einwilligung) von unseren Kooperationspartnern erhalten. So übermittelt uns insbesondere der dbb beamtenbund und tarifunion auch Antragsdaten. Eine Weitergabe von Daten an Kooperationspartner erfolgt im Übrigen nur, soweit dafür ein gesetzlicher Rechtfertigungsgrund vorliegt oder Sie dem zugestimmt haben. Mit Ihrer Zustimmung zur Datenweitergabe an Kooperationspartner befreien Sie uns zugleich auch für diese Weitergabe vom Bankgeheimnis.

5. Verarbeitung von Ausweisdaten

Beim Abschluss von Kreditverträgen wird Ihre Identität anhand eines gültigen amtlichen Ausweises (zugelassener Pass, Personalausweis oder Pass- bzw. Ausweisersatz) überprüft. Zudem fertigen wir aus Gründen der Geldwäscheprävention eine vollständige Ausweiskopie an und bewahren diese für fünf Jahre auf. Wir löschen die Ausweiskopie nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen, das bedeutet in der Regel fünf Jahre nach Schluss des Kalenderjahres, in dem die Geschäftsbeziehung endet.

Wir sind nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 und § 12 Abs. 1 Nr. 1 Geldwäschegesetz zur Identitätsprüfung und zur Anfertigung sowie Speicherung der Ausweiskopie nach § 8 Abs. 1-3 Geldwäschegesetz gesetzlich verpflichtet. Die Datenerhebung und die weitere Aufbewahrung sind in diesen Fällen somit zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen erforderlich. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO.

6. ABK-Newsletter

Sie haben die Möglichkeit, unseren ABK-Newsletter zu bestellen, der Sie regelmäßig über Neuerungen zu unseren Finanzprodukten und Neuigkeiten aus dem Bankwesen informiert. Sie können den Newsletter jederzeit wieder abbestellen. Ein entsprechender Abmelde-Link befindet sich in jedem Newsletter. Eine Mitteilung an die oben oder im Newsletter angegebenen Kontaktdaten (z. B. per E-Mail oder Brief) ist dafür selbstverständlich ebenfalls ausreichend. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung im Rahmen des Newsletters ist Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO.

Wir verwenden in unserem Newsletter marktübliche Technologien, mit denen die Interaktionen mit dem Newsletter gemessen werden können (z. B. Öffnung der E-Mail, angeklickte Links). Diese Daten nutzen wir in pseudonymer Form für allgemeine statistische Auswertungen sowie zur Optimierung und Weiterentwicklung unserer Inhalte und Kunden-

kommunikation. Sie können diese Form der Verwendung Ihrer Daten zu werblichen Zwecken jederzeit verhindern, indem Sie sich von unserem Newsletter wieder abmelden.

Die vorgenannte Datenverarbeitung erfolgt zur Wahrung unserer berechtigten Interessen. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Wir wollen über unseren Newsletter möglichst für unsere Kunden relevante Inhalte teilen und besser verstehen, wofür sich die Leser tatsächlich interessieren. Aufgrund der lediglich pseudonymen Auswertung erfolgt keine konkrete Zuordnung Ihrer Newsletter-Interaktionen mit Ihrer E-Mail-Adresse oder sonstigen Angaben zu Ihrer Person. Die Daten zu der Interaktion mit unseren Newslettern werden pseudonym für 90 Tage gespeichert und anschließend vollständig anonymisiert.

7. Datenverarbeitung für Zwecke der Werbung für ähnliche Waren oder Dienstleistungen

Wir nutzen die von uns erhobenen persönlichen Angaben wie z. B. Name, Anschrift, Kontaktdaten sowie Geburtsdatum gem. Ziffer III 1. im gesetzlichen Rahmen zu Marketingzwecken, um unsere Kunden gelegentlich per E-Mail oder Postsendung über für sie interessante Produkte informieren zu können. Wir verfolgen damit unser berechtigtes Interesse an Direktwerbung. Rechtsgrundlage ist insofern Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Zur Vertragsdurchführung und -verwaltung, zur Klärung von Fragen zu Ihrem Kreditantrag oder um Sie gegebenenfalls persönlich über die Gründe für die Ablehnung eines Antrags zu informieren, melden wir uns auch telefonisch bei Ihnen. Rechtsgrundlage ist insofern Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Telefonische Werbemaßnahmen unternimmt die ABK nur, falls Sie dazu Ihre Einwilligung abgeben. Rechtsgrundlage in diesem Fall ist Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO. Hinweise zum Widerspruch gegen die werbliche Nutzung Ihrer Daten finden Sie unter Ziffer VII.

8. Profiling

Teilweise verarbeiten wir Angaben zu gewünschten Produkten, persönliche Angaben, berufliche Angaben, Angaben zu Einnahmen und Verbindlichkeiten und Ausgaben und Angaben über Immobilien, um bestimmte Aspekte unserer Geschäfts- und Kundenbeziehungen oder konkrete Produktanfragen und Darlehensakten zu analysieren oder Wahrscheinlichkeiten im Hinblick auf bestimmte Konstellationen zu schätzen (sog. Profiling). Profiling setzen wir insbesondere in folgenden Fällen ein:

a) Gesetzliche Prüf- und Meldepflichten

Banken sind gesetzlich zur Kontrolle von Geschäftsbeziehungen und Transaktion verpflichtet, um Geldwäsche, Terrorismus und andere Straftaten zu verhindern und zu bekämpfen. Dafür setzen wir branchenübliche Software ein, die uns nach den gesetzlich vorgegebenen Kriterien automatisch Auffälligkeiten meldet, die dann von unseren Mitarbeitern sorgfältig geprüft und gegebenenfalls den Behörden gemeldet werden müssen. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO.

b) Scoring und automatisierte Einzelentscheidung

Zum Abschluss von Kreditverträgen und für das laufende Risikomanagement bei bestehenden Kreditverträgen ist es erforderlich, dass wir Daten der Antragsteller automatisiert verarbeiten, um ihre wirtschaftliche Lage (Bonität) bewerten zu können. Angaben zur Bonität treffen Aussagen über die geschätzte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit einer Person. Dies hilft uns dabei, Zahlungsausfälle bei der Vergabe von Darlehen zu vermeiden, die entstehen, wenn Kunden ihre Rückzahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig erfüllen können.

Wir ermitteln bei der Antragsprüfung nach wissenschaftlich anerkannten mathematisch-statistischen Verfahren einen Wahrscheinlichkeitswert, der die Bonität des Kunden abbildet (sog. Scoring) und dabei unter anderem bereits bestehende Zahlungsverpflichtungen und ggf. vorherige Zahlungsausfälle berücksichtigt. Für die Berechnung des Wahrscheinlichkeitswerts nutzen wir die Antragsdaten (siehe oben unter Ziffer III. 1.) sowie einen Score-Wert, den wir bei der SCHUFA Holding AG abfragen. Auf die Entstehung und Berechnung des Score-Wertes der SCHUFA haben wir nur eingeschränkt Einfluss (z. B. wenn wir unsererseits der SCHUFA Informationen über nicht erfüllte Zahlungsverpflichtungen mitteilen). Für weitere Details zur Datenverarbeitung der Auskunftsteilen beachten Sie bitte die unter Ziffer V. genannten weiteren Informationen.

Wenn Sie über unsere Online-Kreditstrecke einen Kreditantrag stellen (durch einen Klick auf „Antrag absenden“ am Ende der Kreditstrecke), treffen wir anhand des Scorings eine Vorabentscheidung darüber, ob wir mit Ihnen den gewünschten Kreditvertrag abschließen können (sog. automatisierte Einzelentscheidung). Die automatisierte Vorabprüfung Ihres Antrags ist ein wichtiger Bestandteil moderner Online-Kreditvergabe. Sie können dadurch bequem und vor allem sehr schnell herausfinden, welches Finanzprodukt am besten zu Ihnen passt bzw. ob bestimmte Produkte und Konditionen für Sie in Frage kommen. Das Scoring und die darauf beruhende automatisierte Einzelentscheidung sind zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO (in Verbindung mit Art. 22 Abs. 2 lit. a DSGVO).

Für eine positive Vorabentscheidung muss der Antrag insbesondere die folgenden Kriterien erfüllen:

- Der gewünschte Finanzierungsbetrag steht in einem angemessenen Verhältnis zu Ihrem Haushaltseinkommen und Einnahmen.
- Ihre Verbindlichkeiten und Ausgaben stehen in einem angemessenen Verhältnis zu Ihrem Haushaltseinkommen und Einnahmen.

- Sie stehen bereits seit einiger Zeit in einem festen Beschäftigungsverhältnis (Mindestbeschäftigungsdauer abhängig von der Berufsgruppe zwischen 6 Monaten und 3 Jahren).
- Eine Abfrage bei der SCHUFA Holding AG ergibt ein Schufa-Score von M oder besser (d.h. es sind keine offenen Negativmeldungen hinterlegt).
- Sie haben die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaats der Europäischen Union und Ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland.
- Sie haben bei der Kreditantragstellung das 18. Lebensjahr vollendet und sind zum Ende der gewählten Kreditlaufzeit nicht älter als 75 Jahre.
- Ihre Haushaltsrechnung ist während der Kreditlaufzeit nachhaltig positiv.

Wenn unser System anhand der beschriebenen Kriterien ermittelt, dass wir mit Ihnen den gewünschten Kreditvertrag nicht abschließen können, wird Ihr Antrag automatisch abgelehnt. Darüber werden wir Sie unmittelbar nach der Entscheidung informieren. Im Anschluss haben Sie das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person, auf Darlegung Ihres Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung, vgl. dazu im Einzelnen Ziffer VII.

IV. Empfänger

Unsere Kreditabteilung stellt Ihre Daten nur dann anderen Abteilungen innerhalb der ABK zur Verfügung, sofern dies zur Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten auch erforderlich ist.

Zur Erfüllung von gesetzlichen Meldungen an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach § 24 Kreditwesengesetz übermitteln wir die gesetzlich erforderlichen Daten an unsere Muttergesellschaft, die Berliner Volksbank eG.

Aus den gleichen Gründen verarbeiten unter Umständen auch Dienstleister einzelne der erhobenen Daten. Dazu gehören insbesondere IT-Services, Finanzdienstleister, Wartungsarbeiten im Bereich Telekommunikation sowie Marketing- und Beratungsleistungen. Sofern wir Daten an Dienstleister weitergeben, dürfen diese die Daten lediglich zur Erfüllung ihrer jeweiligen vertraglich bestimmten Aufgabe verwenden. Unsere Dienstleister erhalten ausschließlich die Daten, die zur Erfüllung ihrer Dienstleistung erforderlich sind. Alle Dienstleister werden von uns sorgfältig ausgewählt und beauftragt. Sie sind vertraglich an unsere Weisungen gebunden, zur Verschwiegenheit verpflichtet und werden von uns regelmäßig kontrolliert.

Eine Weitergabe der von uns erhobenen Daten an andere Stellen (Dritte) erfolgt nur, wenn dies zur Vertragsabwicklung oder anderen in diesen Datenschutzhinweisen aufgeführten Zwecken erforderlich ist oder eine anderweitige Rechtsgrundlage für eine Datenweitergabe vorliegt. Insbesondere übermitteln wir Daten an Auskunftsteile oder Behörden in dem in diesen Hinweisen beschriebenen Umfang.

Die ABK berücksichtigt bei der Weitergabe von Daten auch die Grundsätze des Bankgeheimnisses. Nach Ziffer 2. der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der ABK werden Informationen über unsere Kunden nur weitergegeben, wenn dies gesetzliche Bestimmungen gebieten, der Kunde eingewilligt hat oder die Bank zur Erteilung der Bankauskunft befugt ist.

Wir verarbeiten Ihre Daten ausschließlich innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums, es findet keine Verarbeitung in sogenannten Drittstaaten statt.

V. Datenübermittlung an die SCHUFA und Befreiung vom Bankgeheimnis

Wir übermitteln im Rahmen der Vertragsverhältnisse erhobene personenbezogene Daten über die Beantragung, die Durchführung und Beendigung dieser Geschäftsbeziehung sowie Daten über nicht vertragsgemäßes Verhalten oder betrügerisches Verhalten an die SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden. Rechtsgrundlagen dieser Übermittlungen sind Art. 6 Abs. 1 lit. b und Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Übermittlungen auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO dürfen nur erfolgen, soweit dies zur Wahrung berechtigter Interessen der ABK oder Dritter erforderlich ist und nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Der Datenaustausch mit der SCHUFA dient auch der Erfüllung gesetzlicher Pflichten zur Durchführung von Kreditwürdigkeitsprüfungen von Kunden (§ 505a Bürgerliches Gesetzbuch, § 18a Kreditwesengesetz).

Der Kunde befreit die ABK insoweit auch vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA verarbeitet die erhaltenen Daten und verwendet sie auch zum Zwecke der Profilbildung (Scoring), um ihren Vertragspartnern im Europäischen Wirtschaftsraum und in der Schweiz sowie ggf. weiteren Drittländern (sofern zu diesen ein Angemessenheitsbeschluss der Europäischen Kommission besteht oder Standardvertragsklauseln vereinbart wurden, die unter www.schufa.de eingesehen werden können) Informationen unter anderem zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Nähere Informationen zur Tätigkeit der SCHUFA können dem SCHUFA-Informationsblatt nach Art. 14 DSGVO entnommen oder online unter www.schufa.de/datenschutz eingesehen werden.

VI. Speicherdauer

Grundsätzlich speichern wir personenbezogene Daten nur so lange, wie zur Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher

Pflichten erforderlich, zu denen wir die Daten erhoben haben. Danach löschen wir die Daten unverzüglich, es sei denn, wir benötigen die Daten noch zu Beweis Zwecken für zivilrechtliche Ansprüche oder wegen gesetzlicher Aufbewahrungspflichten. Zu Beweis Zwecken müssen wir Antragsdaten (siehe oben unter Ziffer III.1.) noch drei Jahre ab Ende des Jahres, in dem die Geschäftsbeziehungen mit Ihnen enden, aufbewahren. Etwaige Ansprüche verjähren nach der gesetzlichen Regelverjährungsfrist frühestens zu diesem Zeitpunkt.

- Auch danach müssen wir Ihre Daten teilweise noch aus buchhalterischen Gründen speichern. Wir sind dazu wegen gesetzlicher Dokumentationspflichten verpflichtet, die sich aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung, dem Kreditwesengesetz, dem Geldwäschegesetz und dem Wertpapierhandelsgesetz ergeben können. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung von Unterlagen betragen zwei bis zehn Jahre.
- Auch danach müssen wir Ihre Daten teilweise noch aus buchhalterischen Gründen speichern. Wir sind dazu wegen gesetzlicher Dokumentationspflichten verpflichtet, die sich aus dem Handelsgesetzbuch, der Abgabenordnung, dem Kreditwesengesetz, dem Geldwäschegesetz und dem Wertpapierhandelsgesetz ergeben können. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung von Unterlagen betragen zwei bis zehn Jahre.

VII. Ihre Rechte

Ihnen steht jederzeit das Recht auf Auskunft über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns zu. Wir werden Ihnen in diesem Zusammenhang die Datenverarbeitung erläutern und eine Übersicht der über Ihre Person gespeicherten Daten zur Verfügung stellen. Falls bei uns gespeicherte Daten falsch oder nicht mehr aktuell sein sollten, haben Sie das Recht, diese Daten berichtigen zu lassen.

Sie können außerdem die Löschung Ihrer Daten verlangen. Sollte die Löschung aufgrund anderer Rechtsvorschriften ausnahmsweise nicht möglich sein, werden die Daten gesperrt, so dass sie nur noch für diesen gesetzlichen Zweck verfügbar sind.

Sie können die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten außerdem einschränken lassen, wenn z. B. die Richtigkeit der Daten von Ihrer Seite angezweifelt wird. Ihnen steht auch das Recht auf Datenübertragbarkeit zu, d. h. dass wir Ihnen auf Wunsch eine digitale Kopie der von Ihnen bereitgestellten personenbezogenen Daten zukommen lassen.

Zudem haben Sie das Recht, der Datenverarbeitung zu widersprechen, sofern diese auf unseren berechtigten Interessen gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO beruht oder zum Zweck des oben beschriebenen Profiling oder Scorings erfolgt. Wir werden sodann prüfen, inwiefern die von Ihnen vorgetragenen Gründe, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, die Einstellung der Datenverarbeitung erforderlich machen. Sofern wir Ihre Daten für Zwecke der Werbung verarbeiten, haben Sie das Recht, auch ohne Angabe von Gründen jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen. Wir werden die entsprechende Datenverarbeitung sodann einstellen.

Wenn Ihr Kreditantrag online abgelehnt wurde und Sie nicht mit der automatisierten Ablehnung Ihres Kreditantrags einverstanden sind, können Sie die automatisiert erfolgte Vorabentscheidung durch unsere Mitarbeiter überprüfen lassen. Sie haben das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person, auf Darlegung Ihres Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung.

Am einfachsten können Sie diese Rechte ausüben, indem Sie das im Anschluss an die Entscheidung verlinkte Kontaktformular nutzen. Dieses finden Sie auch hier: <https://www.abkbank.de/kontakt>. Im Formular können Sie auch darlegen, weshalb Sie die Entscheidung durch unsere Mitarbeiter überprüfen lassen wollen. Im Anschluss wird Ihr Antrag nochmals von Mitarbeitern unserer Kreditabteilung manuell überprüft. Wir werden Sie dann über den von Ihnen im Kontaktformular gewählten Kommunikationsweg über die erneute Entscheidung in Kenntnis setzen.

Um Ihre hier beschriebenen Rechte geltend zu machen, können Sie sich jederzeit an die oben in Ziffer I. genannten Kontaktdaten wenden. Sie haben schließlich das Recht, sich bei der für uns zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde zu beschweren. Sie können dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Berlin, dem Sitz der ABK, ist die zuständige Aufsichtsbehörde: Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin.

Version: 2.1 / Stand: Dezember 2025